

Newsletter 5/2021

Liebe Attac-Mitglieder und -Interessierte in Hamburg und Umgebung,

wir möchten euch auf vielfältige Aktivitäten und Veranstaltungen in den nächsten Wochen hinweisen sowie über Vergangenes und längerfristige Projekte informieren.

8. Mai zum Feiertag machen! Was 76 Jahre nach Befreiung vom Faschismus getan werden muss!

Attac Hamburg unterstützt die Petition von Esther Bejarano an Bundeskanzlerin Angela Merkel und weitere sieben Politiker*innen und ruft zur Unterzeichnung auf

Ich überlebte als Mitglied des „Mädchenorchesters“ das deutsche Vernichtungslager Auschwitz und konnte vor 76 Jahren auf dem Todesmarsch der Häftlinge des KZ-Ravensbrück der SS entkommen.

Ich bin Vorsitzende des Auschwitz-Komitees in der BRD e. V und Ehrenpräsidentin der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Ich fordere: Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten. Und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes. Dies schrieb ich in einem [offenen Brief](#) am 26. Januar 2020 „an die Regierenden und alle Menschen, die aus der Geschichte lernen wollen“.

[Weiterlesen und unterzeichnen](#)

Hinweis: Am 8. Mai 2021 findet auf dem Rathausmarkt ein **Fest der Befreiung** statt (siehe Seite 10).

Rückblick auf den 1. Mai 2021

In Hamburg waren 26 Kundgebungen und Demonstrationen angemeldet worden, die meisten davon wurden verboten. Stattfinden konnten lediglich eine Kundgebung des DGB auf dem Fischmarkt, eine Kundgebung in Wandsbek, eine Kundgebung der

Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft am Rathaus und eine Demonstration von Querdenken in Altona. Trotz der Verbote fanden in verschiedenen Stadtteilen Versammlungen statt, gegen die die Polizei teils massiv vorging, immer unter Berufung auf das Infektionsschutzgesetz. Da die Verbote zumeist Versammlungen linker Gruppen betraf, kann davon ausgegangen werden, dass sie vor allem aus politischen Gründen erfolgten, wie auch Katharina Schipkowski, Redakteurin bei der taz Nord, in ihrem Kommentar „Hey, Repressionsbehörde“ feststellt.

Weitere Informationen

- ▶ [Hey, Repressionsbehörde!](#) (taz Nord)
- ▶ [Hamburger Verhältnisse am 1. Mai: Demos und Kundgebungen verboten](#) (Jour Fixe)
- ▶ [Demonstranten eingekesselt, Pyro-Technik auf Schulterblatt](#) (Hamburger Morgenpost)
- ▶ [Kritik an Polizeieinsatz wächst](#) (taz Nord)
- ▶ [Polizeieinsatz am 1. Mai: „Völlig unnötige Eskalation“](#) (Linksfraktion der Hamburgischen Bürgerschaft)
- ▶ [Ziemlich beste Freunde. Der Kuschelkurs der Grünen mit der Polizei](#) (Hamburger Morgenpost)

Zu der Kundgebung in Wandsbek riefen auf die Partei DIE LINKE, die Attac-Gruppe Alstertal/Walddörfer, Aufstehen Wandsbek und die Linksjugend. Mehrere Mitglieder von Attac Hamburg nahmen teil, wiesen mit Plakaten und Bannern auf gesellschaftliche Missstände vor allem in den Bereichen Gesundheit und Soziales sowie notwendige Veränderungen hin und verteilten Informationsmaterial.

[Fotos](#)

Redebeitrag der Attac-Gruppe Alstertal/Walddörfer

DANKE heißt auch mehr Gehalt.

Das ist der Titel des Aufrufs zu der Kundgebung, zu der wir uns heute am 1. Mai hier auf dem Wandsbeker Markt versammelt haben.

Was DANKE allerdings nicht heißt, will ich im Folgenden deutlich machen:

Danke heißt nicht Schließen von Krankenhäusern.

Das ist doch absurd. Trotz der Corona-Krise wurden, werden und sollen zukünftig weitere Krankenhäuser geschlossen werden. Wenn es nach dem Gesundheitsminister, seinen Beratern und der Bertelsmann-Stiftung geht.

So mussten vergangenes Jahr 20 Kliniken schließen, allein acht im Dezember. Mehr als 30 weitere Krankenhäuser sind akut von Schließung bedroht.

Mit der Klinik Groß-Sand in Wilhelmsburg ist auch eine Klinik in Hamburg betroffen. Diese Krankenhäuser werden geschlossen, weil sie dem Träger zu teuer, also unwirtschaftlich sind oder weil ihnen das Geld ausgeht. Was aus Patientinnen und Patienten, Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen wird, spielt für den Gesundheitsminister dabei keine Rolle.

Mehr zu den Schließungen findet ihr in der [TAZ-Beilage](#), die wir auf der heutigen Veranstaltung verteilen.

Danke heißt auch nicht Personalabbau durch „freiwilliges Ausscheiden“ oder Entlassungen.

Auch das ist absurd. Trotz der starken Inanspruchnahme durch zahlreiche Covid-Patienten und -Patientinnen sehen sich die Hamburger Krankenhäuser in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Das ergab eine Befragung der Hamburgischen Krankenhausgesellschaft unter ihren 36 Mitgliedern. Selbst die Kliniken in der Hansestadt, die Anspruch auf staatliche Ausgleichszahlungen für coronabedingte Leerstände haben, meldeten für das erste Quartal Erlösrückgänge von durchschnittlich zwölf Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Belegung der Betten sank um 15 Prozent. Die Ausgleichszahlungen hätten nur 81 Prozent der Erlösausfälle kompensiert. Den Defiziten können die Häuser nur durch Personalabbau entgegenwirken, warnte die Krankenhausgesellschaft.

Danke heißt auch nicht Schikane und „Fertigmachen“ von Betriebsräten und Betriebsrätinnen.

Das hat System. Ist von auf Union Busting, also „Fertigmachen“ spezialisierten Anwaltskanzleien erprobt und wird von Unternehmen zur aktiven Bekämpfung gewerkschaftlicher Tätigkeit eingesetzt.

Wie weit das geht, zeigt das folgende Beispiel: Das, was ich gleich vortrage, stammt von einem Betriebsratsmitglied einer Klinik in Hamburg. Ursprünglich war geplant, dass die Verfasserin – nennen wir sie einfach Elisa – selbst über abstruse Kündigungen und Einschüchterungsversuche in Hamburger Krankenhäusern berichtet. Da Elisa allerdings befürchtet, dass ihr öffentliches Auftreten zur Behinderung ihrer Betriebsratsarbeit führen könnte, haben wir uns entschlossen, ihren Beitrag zu verlesen. Jetzt spricht also Elisa zu euch:

Erst Romana, nun Anja?! Solidarität gegen Union Busting! Schon wieder hat ein Krankenhaus in Hamburg versucht einer Betriebsrätin zu kündigen!

War im Fall von Romana Knezevic in der Asklepios-Klinik St. Georg der Anlass, dass diese öffentlich über Missstände im Krankenhaus gesprochen hatte, ist es diesmal noch absurder: Der Pflegerin und Betriebsrätin Anja C. aus der ATOS-Klinik Fleetinsel wurde von der Geschäftsführung Arbeitszeitbetrug bei der Arbeit im Home-Office vorgeworfen, obwohl sie ihre Arbeitszeiten sorgfältig dokumentiert hatte. Zufällig ging dieser Kündigung die Gründung eines Konzernbetriebsrats beim privaten ATOS-Konzern voraus, bei der Anja eine tragende Rolle zukam.

In Solidarität mit Anja C. organisierte das Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus zwei Protestkundgebungen vor der Fleetinsel-Klinik und vor dem Arbeitsgericht, welches Anja am 19. März Recht gab!

Dies ist innerhalb kurzer Zeit das zweite Mal, dass ein Hamburger Krankenhausunternehmen gegen eine Interessenvertretung des Personals agiert.

Das Vorgehen der beiden Klinikbetreiber gegen die Betriebsrätinnen verweist auf Methoden aus dem Repertoire des sogenannten Union Busting, der aktiven Bekämpfung durch Unternehmen.

Die mit abstrusen Vorwürfen begründeten Kündigungen scheitern in der Regel vor dem Arbeitsgericht. Sie dienen aber dazu, die aktiven Kolleg*innen fertigzumachen und zu schikanieren – umso wichtiger, solche Praktiken in die Öffentlichkeit zu tragen, sich solidarisch zu zeigen und das Vorgehen der privaten Konzerne zu skandalisieren. Im Fall von Romana hatte Asklepios von sich aus die Kündigung zurückgezogen, was zeigt, wie wichtig öffentlicher Druck ist – und wie wirksam er sein kann.

Die Kündigungsversuche an Anja und Romana sind aber nicht nur im Kontext der Betriebsratsbekämpfung zu sehen, sondern auch im Kontext der aktuellen Pandemie-Situation und des Umgangs von Konzernen und Politik mit Pflegekräften und kritischen Krankenhaus-Beschäftigten. Doch nicht nur in Hamburg, sondern auch in anderen Städten häufen sich solche Fälle, unter anderem beim Uniklinikum Münster.

Letztlich geht es bei diesen Auseinandersetzungen aber nicht nur darum, dass die Kolleg*innen nicht entlassen werden, sondern auch darum, dass sich endlich etwas an den Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern ändert: Entlastung durch feste Personalvorgaben, bessere Bezahlung, ein Ende des DRG-Systems! Die Beschäftigten brauchen dafür eine breite gesellschaftliche Unterstützung.

Abschließend bleibt zu sagen, dass der ganze Marktgedanke, den das Fallpauschalen-System hervorruft, im Gesundheitswesen fehl am Platz ist. Kein Patient hat sich seine Erkrankung ausgesucht und unsere Gesundheit ist auch keine Ware!

Kranhäuser gehören in öffentliche Hand und müssen sich am Gemeinwohl und an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren, nicht am Profitstreben von Wirtschaftsunternehmen!

Frieden

Unter dem Motto **Menschliche oder militärische Sicherheit - Wie schaffen wir Frieden?** fand am 17. April 2021 am Fischmarkt eine Kundgebung der [Volksinitiative gegen Rüstungsexporte](#) statt, die auch von Attac Hamburg unterstützt wird.

Aufruf

Alles im Namen der „Sicherheit“? Führt Abschreckung zu Frieden? Wessen Interessen werden hier geschützt?

Es ist höchste Zeit, den Sicherheitsbegriff vom Kopf auf die Füße zu stellen. Eine Erkenntnis der Entspannungspolitik im kalten Krieg ist (gewesen): Wer als erster schießt, stirbt als zweiter, weil ein Atomkrieg nicht gewinnbar ist. Sicherheit kann es nur gemeinsam geben, in Anerkennung der

unterschiedlichen Interessen und ständigem Dialog. Umfassende menschliche Sicherheit setzt voraus, dass alle frei von Krieg, Hunger und Angst leben und demokratisch die soziale Entwicklung mitgestalten können. Die globale Ungerechtigkeit muss dazu einer Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe weichen.

Wie aber kommen wir von der Sicherheit zu einem positiven, dynamischen Frieden? Sollten wir nicht über die Abwesenheit unmittelbarer Gewalt hinausgehen, um die Überwindung jeglicher struktureller Gewalt anzustreben, als „vermeidbare Beeinträchtigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse“ (Johann Galtung)? Wird das die Grundlage sein, auf der die Menschheit die Not wenden und ihre volle Potentialität entfalten kann?

[Mehr](#)

Auf der Website der Volksinitiative sind Unterschriftenlisten und Termine zum gemeinsamen Sammeln von Unterschriften zu finden. Wer sich beteiligen will, möge sich bei der Initiative melden oder direkt vor Ort einfinden.

Gesundheit

Ihre Krise - Nicht auf unserem Rücken!

Die Initiative für ein Hamburger Anti-Krisen-Bündnis plante für den Abend des 30. April 2021 eine Demonstration, die am Besenbinderhof starten und an der Asklepios-Klinik St. Georg enden sollte. Sie wurde untersagt. Stattdessen fand auf dem St. Georgs Kirchhof eine Kundgebung statt, für die maximal 200 Teilnehmende erlaubt wurden. Auch Attac Hamburg war vertreten.

[Erklärung der Initiative für ein Hamburger Anti-Krisen-Bündnis zum Verbot der Demonstration](#)

[Flyer](#) und [Fotos](#)

Redebeitrag der AG Gesundheit

CORONA trifft vor allem die Armen.

*In Harvestehude und Rotherbaum wohnt viel Geld. Kein einziger Bewohner musste wegen einer Infektion zwischen November und April ins Krankenhaus. Die Bewohner von Veddel und Wilhelmsburg haben nicht nur weniger Geld und kleinere Wohnungen, sie landen auch am häufigsten im Krankenhaus, fast 300 zwischen November und April. **Dutzende starben dort. Der Kampf gegen Corona entscheidet sich in Billstedt, nicht in Blankenese.** (Vgl. [Hamburger Morgenpost](#) vom 28. April 2021)*

Die Forderungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes müssen als Sofortmaßnahmen umgesetzt werden!

- ERHÖHUNG VON HARTZ IV UND GRUNDSICHERUNG auf mindestens 600 Euro, für die Dauer der Krise einen pauschalen Mehrbedarfzuschlag von 100 Euro
- Für alle Kinder und Jugendlichen in Familien mit niedrigem Einkommen Hard- und Software sowie weitere Lernmittel, die für die Nutzung der digitalen Bildungsangebote der Schulen notwendig sind, als einmalige Leistungen der Jobcenter
- DIGITALE LERNMITTEL FÜR ALLE KINDER!
- Zum Schutz aller, die aufgrund der Pandemie in Mietzahlungsschwierigkeiten geraten sind, ein erneutes Kündigungsschutzmoratorium, um sicherzustellen, dass niemand aufgrund pandemiebedingter Einkommensverluste die Wohnung verliert. Das Gleiche muss für Wasser- und Stromrechnungen gelten. Auch das Kreditmoratorium ist zu erneuern.
- KEINE KÜNDIGUNG WEGEN WASSER-, STROM-, MIET- und KREDITSCHULDEN!

In den Betrieben fordern wir dazu auf, die von VERDI geforderten Umsetzungen der Hygieneregeln am Arbeitsplatz aktiv einzufordern.

VERDI fordert eine betriebliche Gefährdungsbeurteilung durch Fachkräfte für Arbeitssicherheit und Betriebsärzte in Zusammenarbeit mit den betrieblichen Interessenvertretungen. Die Behinderung der Betriebsratsarbeit muss ein strafrechtliches Delikt im Arbeitsrecht werden.

Ob in Krankenhäusern, der Psychiatrie oder in der Altenpflege – VERDI fordert mehr Personal. Und nicht nur das: Der Gesetzgeber soll den Arbeitgebern verbindlich vorschreiben, wie viel Personal eingesetzt werden muss. Wir schlagen vor, die Forderungen der Krankenhausbewegung zu übernehmen.

Dazu unterstützen wir VERDIs Resolution für 1.500 Euro Mindestkurzarbeitergeld für die Dauer der Pandemie. Die geplanten Steuern auf das Kurzarbeitergeld sind unannehmbar!

Für die Pflegekräfte in den Altenheimen und der häuslichen Pflege braucht es einen verbindlichen Tarifvertrag. Trotz der aktuellen Sabotage durch die Caritas muss er durchgesetzt werden. Wir rufen zur Kundgebung des Pflegebündnisses am 12. Mai (Tag der Pflege) in St. Georg vor der Caritas auf.

Mit der Einführung der Fallpauschalen endete die Behandlung bis zur Gesundung in den Krankenhäusern. Geschäftsmodell wurde die Spezialisierung der Behandlungen. Das führt zu Versorgungslücken durch Konzentration auf große Krankenhäuser. Vor ein paar Wochen wurde Gesundheitsminister Spahn eine Liste der im Vorjahr geschlossenen 20 Krankenhäuser samt einer Aufstellung der akut von der Abwicklung bedrohten Standorte überbracht. In Hamburg kämpfen wir um den Erhalt der Gesundheitsversorgung von Wilhelmsburg, das Krankenhaus Groß-Sand.

Im ganzen Bundesgebiet zählt die medizinische Versorgungslandschaft bald deutlich unter 1.900 Kliniken, während es 1991 noch über 2.400 waren. Gut 20 Prozent mehr!

Auch die geringe Intensivbettenkapazität und der Mangel an ausgebildetem Personal sind der Tatsache geschuldet, dass die Profitorientierung von Krankenhäusern und Altenheimen vorhandene Pandemiegesetze aus Kostengründen seit vielen Jahren in den Schubläden ließ. Der aktuelle Skandal: Für die Intensivbetten erhalten nur noch bestimmte Kliniken Freihaltepauschalen. Auch die nur, wenn 75 Prozent ihrer Betten belegt sind. Auf diese Weise fallen sehr viele Krankenhäuser als Reservekapazitäten aus, in NRW zum Beispiel zwei Drittel. Der Mangel des fehlenden Intensivpersonals ist selbst gemacht, dafür gibt es dann die aktuellen Notstandsgesetze. Die Privatisierung führt dazu, dass mit fehlenden Intensivbetten und fehlendem Personal ein Lockdown begründet wird.

Der Deutsche Berufsverband für Pflegende (DBfK) sagt für die rund 54.000 Intensivpflegekräfte: „Mehr noch als die Bezahlung sind die Arbeitsbedingungen unser Problem.“ So seien im Namen von Sparsamkeit und Effizienz (wir nennen das Profitgier) im Pflegebereich in den letzten Jahre 50.000 Vollzeitstellen abgebaut worden. Deshalb fordert der DBfK mit dem deutschen Pflegerat, mit der deutschen Krankenhausgesellschaft und VERDI eine Personalbemessung, die den Menschen und nicht den Eigentümern dient. Im letzten Jahr gaben 9.000 Pflegekräfte ihren Beruf auf.

Aus alledem kann es nur eine Schlussfolgerung geben: Krankenhäuser und auch Altenheime müssen aus privatem Besitz in öffentliches Eigentum überführt werden.

Zum Weltgesundheitstag 2021

Jeder verdient Schutz vor Covid-19! Kein Profit durch die Pandemie!

Zum Weltgesundheitstag am 7. April 2021 hatten Gewerkschaften und Gesundheitsbündnisse aufgerufen:

- Aufruf der [People's Health Movement \(PHM\) Europe und des European Health Network](#)
- Aufruf von [Alter Summit](#)

Themen unserer Veranstaltung am 7. April 2021 auf dem Carl-von-Ossietzky-Platz in Hamburg

- Unterstützung der Petition [„Kein Profit durch die Pandemie“](#) und der Kampagne [„Aufhebung des Patentschutzes auf alle unentbehrlichen Medikamente“](#)
- Gegen die Privatisierungen und Schließungen von Krankenhäusern (zum Beispiel in Hamburg-Wilhelmsburg)
- Gute Gesundheitsversorgung für alle, deshalb Abschaffung der Fallpauschalen und ausreichendes Personal, das gut bezahlt wird und unter guten Bedingungen arbeiten kann
- Gesundheit statt Profit: unsere Kritik an Asklepios und an Pharmakonzernen

- Für ausreichendes Einkommen, angemessenen Wohnraum, Qualität der Beschäftigung, Bildung, gesunde Umwelt usw., da diese Lebensbedingungen für die Gesundheit der Bevölkerung entscheidend sind

Neben dem Sammeln von Unterschriften wurden diese Flyer verteilt:

- [Leben in Gesundheit ist ein Menschenrecht](#)
- [Gesundheit ist ein Menschenrecht, keine Ware](#)

Weitere Infos zu diesen Themen: Siehe die Webseite [Gesundheit](#) von Attac Hamburg

Weitere Infos und Materialien

- Auf der Seite von [Attac Deutschland](#)
- Auf der Sonderseite von [„Sand im Getriebe“](#) zum Weltgesundheitstag 2021

Die AG Gesundheit lädt zu folgenden Veranstaltungen ein.

Mittwoch, 12. Mai 2021

Gute Pflege ist ein Menschenrecht

Kundgebung zum Internationalen Tag der Pflege

Aufruf des Hamburger Bündnisses für mehr Personal im Krankenhaus, zu dem auch Attac Hamburg gehört

Am 12. Mai findet in diesem Jahr schon zum zweiten Mal der „Tag der Pflege“ während der Corona-Pandemie statt. Pflegenden und Krankenhausbeschäftigten gelten seit Beginn der Pandemie als „systemrelevant“ und wurden beklatscht, dennoch gab es bislang keine Verbesserungen. Im Gegenteil, die Arbeitsbedingungen sind noch unerträglicher geworden! Die Versorgung von kranken und pflegebedürftigen Menschen gleicht der Arbeit am Fließband in einer Fabrik. Nicht selten wurde in den vergangenen Monaten die Gesundheit der Beschäftigten durch unzureichenden Arbeitsschutz aufs Spiel gesetzt. Viele Pfleger*innen halten den Spagat zwischen der von Zeitnot und Überlastung geprägten Betreuung vieler Patient*innen und ihrem eigenen Anspruch an eine gute Pflege nicht mehr aus. Allein von April bis Juli 2020 verließen 9.000 Pflegekräfte ihren Beruf.

[...]

Im Gesundheitswesen muss sich gewaltig etwas ändern – Privatisierungen und der weitere Abbau der Versorgung weisen in die falsche Richtung. Deshalb gehen wir am 12. Mai, dem „Tag der Pflege“, auf die Straße. Wir wollen Missstände aufzeigen und ein Zeichen setzen für:

- **Mitbestimmung in den Kliniken - Betriebsrät*innen angreifen geht gar nicht!**
- **Mehr Personal & verbindliche Personalvorgaben - für eine bedarfsgerechte Versorgung!**
- **Gewinnverbot im Gesundheitswesen - für Gemeinwohlorientierung!**

- **Abschaffung der Fallpauschalen (DRGs) und Finanzierung nach Bedarf**
- **Schluss mit der Privatisierung und Schließung von Kliniken - für den Erhalt des Krankenhauses Groß-Sand!**

[Mehr](#)

Zeit: 17 Uhr

Ort: Rathausmarkt, 20099 Hamburg

Donnerstag, 20. Mai 2021

Stirbt die Vielfalt von Kultur mit Corona und mit ihr Solidarität?

Vierte Onlineveranstaltung der AG Gesundheit in der Reihe „Mut zu Zwischentönen“

Kultur ist ein gesellschaftlicher Raum, der seit Beginn der Corona-Krise massiven und mittlerweile lang andauernden Einschränkungen unterliegt. Das kulturelle Leben in unserem Land ist weitgehend zum Erliegen gekommen und findet nur noch online statt.

Kultureinrichtungen geraten in Schieflage, Künstler*innen sind in ihrer ökonomischen Existenz bedroht oder diese ist gar schon vernichtet.

Was macht es mit einer Gesellschaft, wenn Kunst und Kultur beschränkt werden?

Ist kultureller Ausdruck in unserer Gesellschaft nur „nettes Beiwerk“ oder braucht es gerade dessen Vielfalt für das Funktionieren und die Weiterentwicklung der Demokratie?

Was geht an sozialem Kontakt- und Gestaltungsraum verloren, wenn direkte Begegnung und direkter Dialog bei kulturellen Veranstaltungen nicht mehr erlaubt sind?

Wie lange ist der zunehmende ökonomische Druck für manche kulturelle Szene noch auszuhalten?

Die Ökonomisierung der Kultur hat zu Einschränkungen der Vielfalt geführt. Wird dieser Prozess beschleunigt fortschreiten?

Stirbt vor allem der selbstorganisierte Kulturtreff auf dem „platten Land“ oder in einem sozial benachteiligten Stadtteil? Überlebt nur die Oper im Zentrum der Metropole?

Wie wirkt sich dies alles auf unsere Bereitschaft zu Solidarität aus?

Gibt es weiter oder wann gibt es wieder Kulturerleben, das sich alle leisten können?

Drohen künstlerische Aktivitäten als eine Art „Frühwarnsystem“ für gesellschaftliche Fehlentwicklung verloren zu gehen?

Diesen und weiteren Fragen – auch von Ihnen – wollen wir uns am 20. Mai 2021 widmen und wir laden Sie zu unserer Diskussion herzlich ein.

Die **Moderation** hat **Nora Steen**, Leiterin des Christian Jensen Kollegs in Breklum, übernommen.

Unsere **Gäste** sind:

Amelie Deuflhard, Kampnagel

Dörte Inselmann, Kulturpalast Hamburg (angefragt)

Emmanuel Peterfalvi, „Alfons“ (angefragt)

Prof. Diemut Schilling, Wuppertal

Dieter Warszawa, theater-iks, Hamburg

Beginn: 19 Uhr

Zur [Einladung](#) mit weiteren Informationen

Mitmachen bei Attac Hamburg

Die Treffen von Attac Hamburg können auch im Mai 2021 meist nicht stattfinden, aber wir organisieren einzelne Aktionen. Einige Gruppentreffen finden in Form einer Videokonferenz unter Verwendung des Systems BigBlueButton statt. Wer an Aktionen oder Konferenzen teilnehmen möchte, melde sich bitte unter hamburg@attac.de.

+++++

Veranstaltungen anderer Organisationen

Samstag, 8. Mai 2021

Fest der Befreiung am Rathausmarkt

Kundgebung des Hamburger Ratschlags für den 8. Mai als Feiertag

Einladung

In einem gemeinsamen Bühnenprogramm mit Beiträgen aus Kunst, Kultur, Wissenschaft und Politik wollen wir an die Opfer des Nazi-Regimes und Widerstandskämpfer*innen erinnern, ihre Gedanken und Werke aufrufen sowie (vor)lesen, uns mit den Ursachen des deutschen Faschismus zu dessen Beseitigung auseinandersetzen und die Erkenntnisse aus 1945 „für eine Welt des Friedens und der Freiheit“ (Schwur von Buchenwald) für die heutigen Auseinandersetzungen lebendig machen und feiern.

Neben Kultur- und Redebeiträgen wollen wir in einer [Podiumsdiskussion](#) mit Antifaschist:innen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen

diskutieren, welche Bedeutung sie dem 8. Mai heute beimessen und warum sie daher überzeugt sind: Der 8. Mai muss ein Feiertag werden!

Die Festkundgebung ist aktuell für 200 Personen genehmigt. Während der Kundgebung ist von allen Teilnehmenden das [Hygienekonzept](#) jederzeit einzuhalten. Über die geltenden Hygieneregeln werden vor Ort auch die Ordner:innen aufklären.

Für diejenigen, die nicht zum Rathausmarkt kommen können, wird es einen Livestream geben: <https://www.youtube.com/watch?v=0c3LK4BNRcE>.

[Weiterlesen](#)

Zeit: 10 bis 20 Uhr

Filmseminar gegen Austerität der Gruppe International solidarisch - Schluss mit Austerität

Mittwoch, 19. Mai 2021
Catastroika

Dokumentarfilm, Regie: A. Chatzistefanou und K. Kritidi, GR 2012, 87 Minuten, OmU

Mittwoch, 2. Juni 2021
Falstaff

Spielfilm, Regie: O. Welles, E/CH 1965, 119 Minuten, deutsch

[Informationen](#) zu beiden Filmen sowie zu Zeit und Ort werden in Kürze zur Verfügung stehen.

Anmeldung per Mail an kontakt@schluss-mit-austeritaet.de

Montag, 17. Mai 2021
Die Corona-Krise im Betrieb

Empirische Erfahrungen aus Industrie und Dienstleistungen

Vortrag und Diskussion mit Richard Detje, Mitarbeiter von WISSENTransfer und Mitherausgeber der Studie „Corona-Krise im Betrieb“

Einladung

Im Januar 2020 wurden beim Automobilzulieferer Webasto bei München die Tore geschlossen. Das Virus SARS-CoV-2 war auch in Deutschland angekommen. Ein Mitarbeiter hatte sich während eines Arbeitsmeetings bei einer Kollegin aus China infiziert. Was danach folgte, stellt alle bis dahin bekannten Krisenentwicklungen in den Schatten.

Im Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit und Regulierungen stehen die Einschränkungen des privaten und gesellschaftlichen Lebens. Andere Orte kollektiven Lebens, darunter große Bereiche der Arbeitswelt, blieben hingegen weitgehend eine Terra incognita. Allenfalls in spektakulären Fällen wie in der Fleischindustrie konnten gesundheitsgefährdende und inhumane Arbeitsverhältnisse nicht mehr ignoriert werden.

Um zu erfahren, wie die Pandemie in den arbeitsweltlichen Bezügen erlebt wird, haben die Autoren mit Betriebs-, Personalrät*innen und Gewerkschaftssekretär*innen ausführliche Interviews zu folgenden Fragen geführt: Beschäftigungssicherung: mit welchen sozialen Bruchkanten? Gesundheitsschutz: mit welcher Reichweite? Stecken im Applaus für die «Held*innen der Arbeit» neue Ansätze der Aufwertung von Arbeit, gerade auch in den prekären Bereichen? Homeoffice: Veränderungen in der Arbeitsorganisation von Dauer? Wie wurde in den Betrieben die «Stunde der Exekutive» erlebt: autoritär, kooperativ, konfliktuell?

Weiterlesen

Die Veranstalterin bittet um Anmeldung per E-Mail an anmeldung@rls-hamburg.de bis Donnerstag, den 13. Mai 2021, 15 Uhr. Die Zugangsdaten werden am Tag der Veranstaltung an alle Angemeldeten per E-Mail verschickt.

Zeit: 19 bis 20.30 Uhr

Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg

Mit freundlichen Grüßen

Attac Hamburg

Nernstweg 32–34, 22765 Hamburg – <https://attac.hamburg> – E-Mail: hamburg@attac.de

Hinweis: Die Mailingliste Attac Hamburg dient ausschließlich der Versendung des Newsletters und weiterer Informationen von Attac Hamburg, ist also nicht für Diskussionen gedacht. Auch Anfragen können dort nicht bearbeitet werden. Nachrichten für Attac Hamburg sind deshalb an die oben genannte E-Mail-Adresse zu schicken.